

Beschlussvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

Vorberatung im: **Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Verwaltung, Energie und Umwelt**

Betreff: Stellenschaffung und Ausschreibung zweier Stellen beim Fachbereich Personal, Organisation und Informationstechnik

Bezug: Vorlage 120a/2012

Anlagen: Bezeichnung:

Beschlussantrag:

1. Im Stellenplan 2013 werden 2 Stellen geschaffen: 1,0 AK für Sekretariat (0,5 AK in Entgeltgruppe E 6) u. Personalsachbearbeitung (0,5 AK in Entgeltgruppe E 8) und 1,0 AK für Sachbearbeitung Personalbetreuung und Personal-/ Organisationsentwicklung in Besoldungsgruppe A 9/A 10 bzw. Entgeltgruppe 9.
2. Die dafür notwendigen Mittel werden im Haushaltsplan 2013 veranschlagt.
3. Die Stellen werden entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung bereits jetzt ausgeschrieben und schnellstmöglich in 2013 besetzt.

Finanzielle Auswirkungen		Jahr: 2013	Folgeb.:
Investitionskosten:	€	€	€
bei HHStelle veranschlagt:		0.0220.4000.000	0.0220.4000.000
Mehraufwand jährlich	€	€ 92.850,-	€ 92.850,-

Ziel:

Schaffung eines Fachbereichssekretariats mit 0,5 AK für den gesamten Fachbereich Personal, Organisation und Informationstechnik (s. dazu auch Vorlage 120a/2012) und Entlastung des Teams Personal und Organisation durch Schaffung einer Personalsachbearbeitungsstelle mit 0,5 AK und einer zusätzlichen Sachbearbeitungsstelle Personalbetreuung u. Personal-/Organisations-Entwicklung mit 1,0 AK.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Der Fachbereich Personal, Organisation und Informationstechnik arbeitet seit 01.08.2012 ohne Sekretariat. Die Einrichtung einer halben Stelle für das Sekretariat wurde bereits bei der Schaffung des neuen Fachbereichs 1 vorgesehen (vgl. Vorlage 120a/2012). Des Weiteren hat die Entwicklung gezeigt, dass die Aufgaben im Bereich der Personalentwicklung schon seit ca. 2 Jahren und die Aufgaben im Bereich Personalbeschaffung und -betreuung seit ca. 1,5 Jahren nicht mehr mit dem vorhandenen Personal geleistet werden können. Bei den anfallenden Arbeiten kann nur noch das für die Stadtverwaltung absolut Notwendigste erbracht und dies auch nur durch regelmäßige (nicht vergütete) Mehrarbeit, die den Mitarbeiterinnen verfällt. Ausfallzeiten, wie Urlaub oder Krankheit, können vom Team nicht mehr aufgefangen werden. Die Mitarbeiterinnen haben zwischenzeitlich kaum noch die Möglichkeit Urlaubsansprüche aus dem laufenden Kalenderjahr abzubauen. Aktuell hat sich die Situation durch zum Teil anhaltende Krankheitsausfälle noch verschärft, so dass eine Beschlussfassung im Rahmen der Haushaltsberatungen dazu führen würde, dass die Fachabteilung Personal und Organisation bis zur Besetzung der Stellen Mitte 2013 die Erledigung der notwendigen Aufgaben nicht mehr sicherstellen könnte.

2. Sachstand

Die Personalarbeit hat in den vergangenen Jahren stark an Komplexität zugenommen. Während vor rd. 10 Jahren der Schwerpunkt in der Personalarbeit noch auf Stellenabbau, Umsetzungen und Einsparungen im Rahmen der Verwaltungsreform lag, ist der Personalbestand bei der Stadt und der KST zwischenzeitlich von 1.448 Beschäftigte um rd. 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 1.631 Beschäftigte angestiegen. Die Zuwächse resultieren hauptsächlich aus den Bereichen Kindertagesbetreuung bzw. Ganztageschulen. Die arbeitsvertraglichen Regelungen sind gerade in diesen Bereichen sehr komplex (variierende Arbeitszeitmodelle, Befristungen etc.).

Die Stellenbesetzungsverfahren haben sich zudem seit 2010 nahezu verdoppelt (2010: 86 Ausschreibungen, 2012: aktueller Stand Oktober - bereits 140 Stellenbesetzungsverfahren). Der Aufgabenblock der Personalgewinnung hat zwischenzeitlich einen ganz zentralen Stellenwert erhalten, der künftig weiter an Bedeutung zunehmen wird. Themen wie demographischer Wandel und Fachkräftemangel sind bereits jetzt spürbar und werden die Verwaltung in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen. Es müssen daher jetzt die richtigen Weichen gestellt werden, damit die Stadtverwaltung auch in Zukunft personell gut aufgestellt ist und als Arbeitgeberin attraktiv bleibt.

Im Bereich der Personalbetreuung besteht aufgrund der aktuellen Auslastungsprobleme der Fachbereiche ein hoher Handlungsdruck bei der Betreuung zeitintensiver Personalfälle (wie z.B. Langzeitkranke etc.). Diese Fälle können aufgrund der Arbeitsverdichtung schon seit längeren nicht mehr mit dem erforderlichen Zeitbedarf bearbeitet werden.

Neben der operativen Personalarbeit ist die enge Abstimmung und Anpassung an eine zielgerichtete Personalentwicklung unerlässlich um künftige Fehlentwicklungen zu vermeiden. Aktuell kann jedoch nur noch die notwendigste Basisarbeit geleistet werden. Dies gilt auch für die Mitarbeit bei Projekten zur Optimierung von Verwaltungsabläufen, für die dringender Bedarf besteht.

3. Vorschlag der Verwaltung

Es wird, wie bei der Schaffung des Fachbereichs vorgesehen, eine halbe Stelle für das Sekretariat in Entgeltgruppe 6 geschaffen. Zusätzlich wird zur Bewältigung der gestiegenen Anforderungen eine halbe Stelle für Personalsachbearbeitung in Entgeltgruppe 8 und eine Stelle für eine Personalreferentin bzw. für einen Personalreferenten (1,0 AK in Besoldungsgruppe A9/ A 10 bzw. Entgeltgruppe 9) geschaffen. Die Stellen sollen umgehend ausgeschrieben werden, um sowohl eine zeitnahe Besetzung als auch ein qualifiziertes Bewerberfeld sicherzustellen. (So beenden z.B. die Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen für öffentliche Verwaltung ihr Studium im März und bewerben sich aktuell.)

4. Lösungsvarianten

Die Stellen werden erst nach Genehmigung des Haushalts ausgeschrieben. Die Fachabteilung Personal und Organisation kann bis dahin die Erledigung der notwendigsten Aufgaben nicht mehr sicherstellen. Dies bedeutet für die restliche Verwaltung, dass es bei sowohl bei der Personalbeschaffung als auch bei der Personalbetreuung und der Mitarbeit in Projekten zu noch größeren Verzögerungen kommen wird oder auch Aufgaben unerledigt bleiben müssen.

5. Finanzielle Auswirkungen

Es entstehen jährliche Kosten in Höhe von 92.850,- €.